

In Hessen droht ein Mühlensterben

Hat es sich für viele hessische Mühlen am rauschenden Bach bald ausgeklappert? Das befürchtet zumindest die Arbeitsgemeinschaft Hessischer Wasserkraftwerke und wirft der Landesregierung vor, mit ihrer Umweltpolitik die Existenz zahlreicher Mühlen und Wasserkraftanlagen zu bedrohen. Komme es zu einem Mühlensterben, werde die umweltfreundliche Erzeugung von Strom durch Wasserkraft landesweit um bis zu 20 Prozent verringert, sagte der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, Helge Beyer, am Mittwoch in Wiesbaden. Er forderte die Landesregierung auf, den sogenannten „Mindestwassererlass“ zu ändern. Laut Beyer führt die sukzessive Umsetzung des seit 2016 geltenden Erlasses dazu, dass das an Mühlen vorbeizuleitende Wasser gegenüber der alten Regelung um die bis zu dreifache Menge erhöht werden müsse. Folglich stehe dieses Wasser den Anlagen nicht mehr für die Produktion des CO₂-freien Stroms zur Verfügung. Der Erlass ist Teil des hessischen Programms, um die europäische Wasserrahmenrichtlinie umzusetzen.

Etwa 90 Prozent der 621 hessischen Wasserkraftanlagen sind nach Beyers Einschätzung von der Regelung betroffen. Bei einzelnen Mühlen werde die Stromerzeugung um bis zu 50 Prozent reduziert. Die Auswirkungen seien „verheerend“, denn diese Anlagen könnten dann nicht mehr kostendeckend arbeiten und drohen stillgelegt zu werden. „Bei weiterer Umsetzung des Mindestwassererlasses durch die hessische Ministerialbürokratie sind rund 70 Prozent der Anlagen in Hessen in ihrer Existenz bedroht“, prognostizierte der Vorsitzende und ergänzte: „Die wertvollste, weil sauberste und stetig verfügbare erneuerbare Energieerzeugung sowie jahrhundertalte, vielfach seit Generationen in Familienhand betriebene Wassermühlen werden vernichtet.“

Auch der Vorsitzende der Interessengemeinschaft Wasserkraft Fulda/Rhön, Manfred Hempe, warnte vor den Folgen des Erlasses und sprach in Wiesbaden von einem „Exitus der Wasserkraft in Hessen“. Die Auswirkungen der hessischen Umweltpolitik würden an den Bächen und Oberläufen der Flüsse, wie in der Rhön, dem Spessart und dem Odenwald, besonders sichtbar. Dort drohten viele der Anlagen über Monate stillzustehen. „Das Wasser rauscht dann unge-

nutzt an den Anlagen vorbei, und das mit einem mehr als zweifelhaften Nutzen für Fische und Ökologie“, sagte Hempe. Durch den Erlass würden lediglich 1,2 Prozent der hessischen Fließgewässerstrecken aufgewertet.

„Es droht ein Mühlensterben und, damit einhergehend, ein jahrhundertaltes Kulturgut in Hessen verlorenzugehen“, ergänzte Stephan Schumm vom Landesver-

ein zur Erhaltung und Nutzung von Mühlen. Kein Müller werde seine Anlagen modernisieren, solange er die Umsetzung des Erlasses fürchten müsse. Dabei werde vollkommen einseitig auf das Biotop Wassermühle geschaut. Insbesondere in der Rhön gebe es zahlreiche Mühlgräben, die bis zu vier Kilometer lang seien. Diese Gräben hätten zum Teil sogar eine Funktion als Laichgewässer. Das werde aber von

der Politik nicht akzeptiert. Lege ein Müller dann seine Mühle notgedrungen still, würden die Mühlgräben plötzlich als Biotop betrachtet, und der Eigentümer habe teure Auflagen zur Erhaltung der Gräben erfüllen. „Wir sind das Bauernopfer, damit man nach Brüssel melden kann, dass man etwas gemacht hat“, warf Schumm der Hessischen Landesregierung vor und sagte: „Das ist perfide.“

WIESBADEN Die Arbeitsgemeinschaft Hessischer Wasserkraftwerke übt heftige Kritik an der Landesregierung.

Von Robert Maus



Dieses Rad erzeugt keinen Strom: Die Obermühle in Glashütten-Schloßborn ist inzwischen ein Wohnhaus. Foto Dieter Rüdchel

In Hessen werden derzeit rund drei Prozent des Stroms und knapp acht Prozent der erneuerbaren Energien durch Wasserkraft erzeugt. Hinzu kommt nach Auskunft der Initiatoren, dass die Wasserkraft rund 25 Prozent der stetigen erneuerbaren Energien ausmache. Daher sei sie für das Energiemanagement sehr wichtig. Etwa 1000 Arbeitsplätze sichern Mühlen und größere Anlagen im Land. Eine neue Wasserkraftanlage stelle zudem keinen Eingriff in die Ökologie dar und habe auch keinen Einfluss auf den Fischbestand, erläuterte Ronald Steinhoff, zweiter Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft.

Das befürchtete Mühlensterben auf Raten wollen die Initiatoren nicht hinnehmen und haben die Aktion „Wasserkraft muss bleiben – stoppt die einseitige Umweltpolitik“ gestartet. Mit einer landesweiten Plakatkampagne wollen sie auf ihre Sorgen aufmerksam machen und verhindern, dass die Mühlen stillgelegt werden. Zudem fordern die Verbände die Landesregierung zu einem Dialog auf. Bei der Verabschiedung des Erlasses seien sie laut Beyer nicht einmal gehört worden.

Ob ihnen das nun gelingt, ist indes fraglich. An ihrer Seite steht der ehemalige Bundestagsabgeordnete Hans-Josef Fell (Die Grünen), der sogar mit Hessens Umweltministerin Priska Hinz (Die Grünen) zeitweise gemeinsam im Parlament saß. Genutzt hat ihm das offenbar bisher nichts, denn trotz persönlicher Gespräche mit Hinz' Kabinettskollegen Energie-Minister Tarek Al-Wazir (Die Grünen) habe er nach eigener Aussage bisher keine Antwort auf die Fragen erhalten. „Ich bin ungehalten“, sagte Fell. Damit steht er nicht allein da. Allein im Gebiet des Regierungspräsidiums Kassel, so Steinhoff, sind derzeit rund 20 Klagen von Müllern gegen neue Betriebsbescheide anhängig.

Das hessische Umweltministerium weist die Vorwürfe der Wasserkraftverbände zurück. Nach Gesprächen mit ihnen sei eine Härtefallregelung getroffen worden, um die existentielle wirtschaftliche Gefährdung von Betreibern zu vermeiden. Strom aus Wasserkraft sei dann nachhaltig, wenn die negativen Auswirkungen auf die Gewässerökologie nicht überwiegen würden, sagte eine Ministeriumssprecherin. Dies werde durch die Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen gewährleistet.

Neubau für Ermittler

WIESBADEN Kooperation für BKA-Projekt

Der Neubau des Bundeskriminalamtes (BKA) in Wiesbaden nimmt konkretere Formen an. Das hessische Finanzministerium, BKA, Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und die Stadt haben eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet, die eine enge Zusammenarbeit beim Neubau der Bundesbehörde ermöglichen soll. Noch steht zwar nicht fest, wo gebaut wird, aber der umstrittene, neu geplante Wiesbadener Stadtteil Ostfeld ist weiterhin im Gespräch.

Von 2021 an müssen die rund 4000 Mitarbeiter des BKA in zehn angemieteten Gebäuden über das Stadtgebiet verteilt arbeiten. Die Zersplitterung führt zu einem erheblichen Mehraufwand für die Mitarbeiter und zu Mehrkosten für die Behörde. Da die alten Gebäude zudem teilweise sanierungsbedürftig sind, gilt ein zentraler Neubau als beste Lösung.

Für die Landesregierung bekräftigte Finanzminister Michael Boddenberg (CDU) die Absicht, das BKA in der Stadt zu halten. Viele Mitarbeiter seien in der Region verwurzelt, und die Behörde sei ein wichtiger Faktor für die Wirtschaft. „Von modernsten baulichen und optimalen räumlichen Rahmenbedingungen für das BKA kann auch die Zusammenarbeit mit hessischen Behörden nur profitieren“, sagte Boddenberg bei der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung. BKA-Präsident Holger Münch kündigte an, dass die Behörde wegen der Kriminalitätsentwicklung personell wachsen werde. Zudem müsse die Infrastruktur modernisiert werden. Dies sei mit den Kapazitäten der derzeitigen Gebäude nicht zu bewältigen.

„Wiesbaden ist stolz darauf, Standort dieser wichtigen Bundesbehörde zu sein“, sagte Oberbürgermeister Gert-Uwe Mende (SPD). Er kündigte an, dass die Stadt ihren Beitrag dazu leisten wolle, die Standortbedingungen zu optimieren. „Das Ostfeld ist prädestiniert, um eine zentrale Unterbringung des BKA zu ermöglichen“, sagte der Wiesbadener Rathauschef. robm.